
Stellungnahme der Deutschen DepressionsLiga e.V. zum Koalitionsvertrag der künftigen Bundesregierung

Die Deutsche DepressionsLiga e.V. (DDL) begrüßt und unterstützt die im Koalitionsvertrag festgelegte Kampagne zur Entstigmatisierung von psychischen Erkrankungen (Seite 86 im Vertrag). Eine derartige Kampagne fordern wir seit Jahren, schon 2018 hatten wir beim Bundesgesundheitsministerium eine **entsprechende Petition** eingereicht. Ebenfalls freuen wir uns, dass die psychotherapeutische Bedarfsplanung endlich reformiert wird.

Es scheint, als wolle die neue Bundesregierung tatsächlich einen Klimawandel beim Umgang mit psychischen Erkrankungen herbeiführen (siehe unser **Appell vom 10. Oktober 2021**).

Zum Thema Stärkung der Prävention (Seite 84 im Koalitionsvertrag) fordern wir, die Betroffenenorganisationen einzubinden und sie stärker zu unterstützen.

Betroffenenorganisationen (wie die DDL) müssen derzeit aufgrund einer Änderung der Förderrichtlinien (krankenkassen-individuelle und pauschale Verteilung von Geldern aus dem Selbsthilfetopf) verstärkt um die Weiterführung ihrer Präventionsprojekte kämpfen. Das darf im Sinne einer guten Präventionsarbeit - die sehr viele von uns ehrenamtlich leisten - nicht sein.

Waltraud Rinke
Vorstandsvorsitzende

Armin Rösl
stellv. Vorsitzender und Sprecher

im Namen des Vorstandes und der DDL